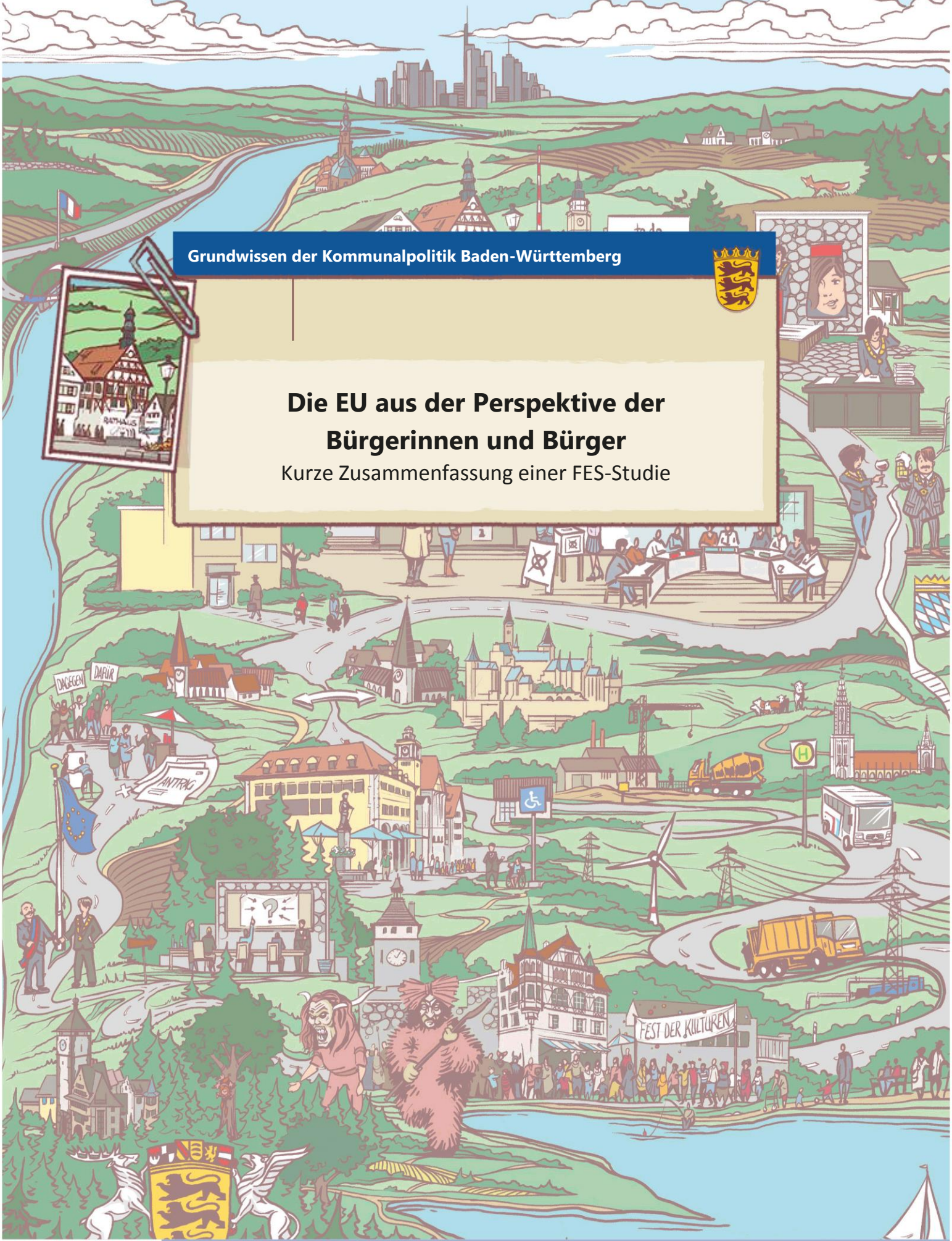




Die EU aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger

Kurze Zusammenfassung einer FES-Studie





Die EU aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger

Kurze Zusammenfassung der FES-Studie „Die EU aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Erwartungen der deutschen Bevölkerung an die EU nach dem Brexit“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Internationaler Dialog, Berlin 2017.

Einleitung

Die Haltung der Deutschen zur Europäischen Union (EU) hat sich im Zuge der Brexit-Entscheidung der Briten nachhaltig verbessert. Die in diesem Kontext neu aufgeflammete Diskussion über Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der EU hat offensichtlich dazu geführt, dass die Deutschen stärker für deren Nutzen – speziell für Deutschland – sensibilisiert wurden.

Dies ist der zentrale Befund einer repräsentativen Befragung von 1000 wahlberechtigten Bürgern, die policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai/Juni 2017 in Deutschland durchführte.

EU-Mitgliedschaft: mehr Vor- oder Nachteile?

Zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) sehen heute in der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eher Vorteile. Im Herbst 2015 teilten nur 34 Prozent diese positive Haltung gegenüber der EU, der Anteil der EU-Optimisten hat sich also innerhalb von knapp 2 Jahren fast verdoppelt.

Marginalisiert hat sich der Anteil derer, die in der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile sehen. Ihr Anteil sank von 25 auf 10 Prozent.

Mehr oder weniger Wohlstand durch die EU?

Eine Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) verbindet mit der EU auch wieder steigenden Wohlstand, nur für jeden Dritten steht die EU eher für sinkenden Wohlstand.



Noch im Herbst 2015 war das Stimmungsbild genau umgekehrt, seinerzeit bezweifelte eine Mehrheit (58 Prozent), dass die EU noch für Wohlstandsmehrung steht, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Akzeptanz der EU.

Auch in anderen Bereichen wird die EU heute ausgesprochen positiv gesehen: für eine Mehrheit der Deutschen steht sie für Chancen, Sichere Lebensverhältnisse, eine sichere Währung und für Gerechtigkeit.

Ausstieg Großbritanniens ("Brexit") aus der EU - positiv oder negativ?

Dem bevorstehenden Ausstieg der Briten aus der EU sehen die Deutschen mit gemischten Gefühlen entgegen.

Vier von zehn befürchten, dass damit die EU geschwächt wird, eine relative Mehrheit der Befragten erwartet davon aber keine negativen Auswirkungen, manche erhoffen sich darüber sogar eine Stärkung der EU.

Nach Brexit – ist mehr Vertiefung der EU-Mitglieder angezeigt?

Der erstmalige Austritt eines Mitgliedslandes aus der EU führt auch nicht zu Absetzbewegungen von der Gemeinschaft, im Gegenteil: acht von zehn Deutschen sprechen sich für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Länder aus.

In der Stärkung des Zusammenhalts der EU sehen die Deutschen – nach der Bewältigung der Zuwanderung und der Sicherung des Friedens – eine der wichtigsten Aufgaben, die die EU in den nächsten Jahren zu bewältigen hat.

Auf entsprechend hohe Zustimmung treffen deswegen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Integration.

Neben der Einführung eines für alle EU-Staaten verbindlichen Mindestlohnes erzielen dabei eher restriktive Maßnahmen die höchste Zustimmung: eine bessere Sicherung der Außengrenzen,



eine stärkere Kontrolle der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern sowie die Einführung einer Schutzklausel gegen den Abbau von Sozialleistungen.

Wie ernst es den Deutschen mit der Stärkung der EU ist, lässt sich daraus ersehen, dass sich eine knappe Mehrheit auch für eine stärkere finanzielle Unterstützung für wirtschaftsschwache Mitgliedsländer ausspricht.

Weitere Verlagerung von Kompetenzen von deutscher Regierung in EU-Hände?

Gestiegen ist auch die Bereitschaft der Deutschen, Zuständigkeiten von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern.

Dies gilt vor allem für die Außen- und Sicherheitspolitik und die Regelung der Zuwanderung, aber auch für die Festlegung von Steuersätzen für international tätige Unternehmen, den Datenschutz und auch für die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen mit den USA.

Die Befürwortung der Kompetenzausweitung der EU hat jedoch ihre Grenzen. In der Rentenpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und vor allem in der Haushaltspolitik beharren die Deutschen mehrheitlich auf Beibehaltung der nationalen Zuständigkeit.

Darüber hinaus befürworten sie ein doppeltes generelles Vetorecht gegen EU-Beschlüsse: einerseits für den Bundestag, andererseits für die Bürgerinnen und Bürger durch Einführung von Volksabstimmungen zu grundlegenden Entscheidungen.

Wie stark ist das Vertrauen in ausgewählte EU-Mitgliedstaaten?

Der Zusammenhalt innerhalb der EU setzt ein gewisses Mindestmaß an Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten voraus. Damit ist es nach wie vor nicht zum Besten bestellt.

Ausgesprochen gut ist das Verhältnis der Deutschen zu Frankreich, dem nach der Wahl von Emanuel Macron wieder 74 Prozent der Deutschen vertrauen – ein Anstieg gegenüber 2015 um 15 Prozentpunkte.



Gestiegen ist auch das Vertrauen in Italien (+15), dem aber nach wie vor eine Mehrheit der Deutschen (54 Prozent) wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringt.

Ausgesprochen gestört ist das Verhältnis zum Nachbarland Polen, dem nur 22 Prozent der Deutschen vertrauensvoll begegnen.

Was das eigene Land betrifft, sind die Deutschen mit sich im Reinen: 87 Prozent geben an, sehr großes oder großes Vertrauen zu haben in die Europapolitik Deutschlands.



[Zur vollständigen Studie als PDF](#)